



Freiwilligendienste – Qualität absichern und Herausforderungen annehmen

Freiwilligendienste bieten jungen Menschen beim Übergang ins Erwachsenenalter wichtige Orientierungshilfen und Erfahrungen. Auf der Grundlage eines ganzheitlichen, emanzipatorischen Ansatzes begleitet und unterstützt der BDKJ als ein Träger von Freiwilligendiensten Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung.

Die Jugendverbandsarbeit ist für diesen hohen Bildungsanspruch in den Freiwilligendiensten eine wichtige Inspiration. Nicht zuletzt deshalb engagieren wir uns in diesem Bereich.

Dieses wichtige Bildungsangebot aufrecht zu erhalten, wird jedoch immer schwieriger. Die finanzielle und politische Unterstützung hält schon lange nicht mehr Schritt mit dem wachsenden Interesse junger Menschen an den Freiwilligendiensten. Anscheinend wird es immer schwerer, die Notwendigkeit von außerschulischer Bildungsarbeit in Politik und Gesellschaft zu vermitteln. Deshalb bedarf es folgender Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste:

Forderungen an die politisch Verantwortlichen in Bund und NRW

1. Finanzielle Förderung für die Aufstockung von Plätzen!

Seit Jahren ist das Interesse an Freiwilligendiensten kontinuierlich gestiegen. In NRW bemühen sich die Träger von Freiwilligendiensten – so auch der FSD e. V. – dem durch die Aufstockung von Plätzen gerecht zu werden. Obwohl die Anzahl Freiwilliger dadurch stark gestiegen ist, gibt es seit Jahren keine Erhöhung der Bundesförderung. Das heißt in der Praxis, dass pro Person viel weniger Geld zur Verfügung steht, was von den Trägern selbst kompensiert werden muss. FSJ, FÖJ und der internationale Freiwilligendienst soll allen interessierten jungen Menschen als Bildungsjahr offen stehen und weiterhin qualitativ gut begleitet werden können. Deshalb braucht es eine Aufstockung der Bundesförderung, die dem realen Bedarf an Freiwilligenplätzen entspricht!

2. Ausreichende Landesförderung für den doppelten Abiturjahrgang

In NRW kommt eine besondere Herausforderung auf uns zu: Im Frühjahr 2013 werden auf Grund der Schulzeitverkürzung zwei SchülerInnenjahrgänge ihr Abitur machen. Die damit verbundenen Probleme sind von der Politik billigend in Kauf genommen worden. 2012 ist zunächst mit einem Rückgang der Freiwilligenzahlen zu rechnen, da wahrscheinlich viele Jugendliche dem Mangel an Studien- bzw. Ausbil-



ungsplätzen in den folgenden Jahren entgehen möchten und sich deshalb gegen ein freiwilliges Jahr im In- oder Ausland entscheiden. In den Jahren 2013 bis 2015 werden hingegen etwa 40 % mehr FSJ-Plätze benötigt und ebenso deutlich mehr Plätze für den internationalen Freiwilligendienst. Wir fürchten, dass dies zu einem Verdrängungswettbewerb insbesondere für die AbsolventInnen von Haupt- und Realschulen führt. Das Land NRW ist hier in der Pflicht, hat die Freiwilligendienste bislang jedoch nicht ausreichend im Blick.

Deshalb fordern wir eine spezielle Landesförderung die es in den Jahren 2013 bis 2015 ermöglicht ausreichend FSJ-Stellen zu schaffen, um weitere negative Auswirkungen der Schulzeitverkürzung zu verhindern!

3. Gewährung des Bildungsanspruch der Freiwilligendienste

Die Freiwilligendienste sind zuallererst als Bildungsjahr konzipiert und sollen dies auch bleiben. Durch den Pflegenotstand und den angekündigten Rückgang des Zivildienstes ist jedoch mit einer noch größeren Nachfrage nach kostengünstigen Hilfskräften zu rechnen. Die Freiwilligendienste dürfen kein Ersatz für wegfallende Zivildienststellen werden, der hohe Bildungsanspruch muss erhalten bleiben!

Auch die derzeitigen Pläne der Bundesregierung, die freiwillige Verlängerung des Zivildienstes einzuführen, ist für die Qualität der Freiwilligendienste nicht förderlich. Der Zivildienst ist in den Rahmen des staatlich geregelten Pflichtdienstes eingeordnet und entspricht damit nicht dem Charakter und Wesen eines Freiwilligendienstes, gerade den Bildungsanspruch erfüllt er nicht.

4. Befreiung von der Umsatzsteuer!

Das neue Jugendfreiwilligengesetz, das im Mai 2008 verabschiedet wurde, nimmt die Freiwilligendienste (FWD) als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements in den Blick, doch brachte sie keine Abschaffung der allgemeinen Umsatzsteuerpflicht für Freiwilligendienste mit sich. Die Bildungsarbeit der Träger von Freiwilligendiensten muss jedoch von der Umsatzsteuer befreit werden!

5. Förderung von benachteiligten Jugendlichen und MigrantInnen

Wir wollen, dass die Freiwilligendienste allen jungen Menschen offen stehen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Schulabschluss. Diese Gruppe benötigt jedoch in der Regel stärkere pädagogische Begleitung. Auch dafür ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Träger erforderlich und diese Unterstützung darf nicht auf Kosten anderer Fördermaßnahmen gehen!

6. Stabile Rahmenbedingungen für weltwärts und ein Reverse-Programm

Es braucht die strukturelle, finanzielle Förderung internationaler Freiwilligendienste, die das interkulturelle Lernen im globalen Kontext ermöglichen, aber partnerorientiert und nachhaltig nicht nur Deutsche in die Welt senden, sondern umgekehrt auch Menschen aus unseren Partnerländern einen Einsatz hier bei uns ermöglichen. Deswegen fordern wir den Erhalt und einen verbesserten Ausbau internationaler Freiwilligen-



dienste. Das Programm „weltwärts“ für die entwicklungspolitischen Freiwilligendienste soll über das Jahr 2010 hinaus zu verlängert werden und es bedarf endlich auch einer finanziellen Ausstattung von Reverse-Programmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	32
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1